



Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang

Was da bisher im Ortszentrum gebaut wurde, hinterlässt am Ende mehrere geschlossene und schwer geschädigte Geschäfte, weniger Aufenthaltsqualität, weniger Verkehrssicherheit und nichts als „verbrannte Erde“.

„Das werden die Verhandlungen zeigen ...“

So lautet der Standardsatz des Bürgermeisters in regelmäßigen Abständen. Fraglich erscheint, ob diese Sprachwendung auch dann noch gilt, wenn jene, mit denen angeblich noch verhandelt werden soll, bereits vor mehr als zwei Jahren allen Gemeinderatsmitgliedern schriftlich mitgeteilt haben, dass sie kein persönliches Eigentum für ein aus ihrer Sicht fragwürdiges Projekt hergeben wollen. Die betroffenen Grundbesitzer forderten die Gemeinde vielmehr höflich dazu auf, von der Verwendung von privatem Grundeigentum Abstand zu nehmen und sich anderer Überlegungen zur Planung der Straße im Ortszentrum zu bedienen. Die Anrainer wendeten richtigerweise ein, dass es der wichtigste Wunsch der Bevölkerung im vorangegangenen Beteiligungsprozess gewesen war, die Straßenführung so flächensparend wie möglich zu planen, damit es zukünftig für die Leute mehr Flächen für eine höhere Aufenthaltsqualität im Ortszentrum gibt.

Brief an den zuständigen Landesrat

Wir Scharnsteiner Sozialdemokraten haben in mehreren schriftlichen Stellungnahmen darauf hingewiesen, welches Desaster hier droht. Sogar an den zuständigen Landesrat haben wir uns gewandt, der uns in einem Schreiben mitteilte, dass er sich für die Planung des Scharnsteiner Ortszentrums erstens nicht zuständig fühle und zweitens jegliche Befugnis dafür abtritt. Na bumm – wer hat denn dann die Planung der an die B120 angrenzenden Flächen links und rechts neben der Straßenführung geplant und schließlich auch umgesetzt?

Und damit kommen wir der Lösung des Rätsels um die aktuelle Misere schon sehr nahe. Hier wurde ein sorgfältig erarbeitetes Ergebnis der Bürgerbeteiligung von Laien umgesetzt und gemeinsam mit einer davon gelangweilten und völlig desinteressierten Landesstraßenbaudirektion einfach in die laufende Straßenplanung integriert. Und das, obwohl die Landesstraßenbaudirektion laut ihrem Chef LR Steinkellner dafür gar nicht zuständig wäre.

Wer war denn dann der Planer dieses Desasters?

Man braucht nicht lange herumrätseln. Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang.

Selbstverständlich hätte für die Gestaltung des Scharnsteiner Ortszentrums ein fachlich geeignetes Planungsbüro beauftragt werden müssen. Schließlich wurden nur für den Prozess der Bürgerbeteiligung seitens des Landes und der Gemeinde mehr als 100.000 Euro dafür ausgegeben, die Wünsche der BürgerInnen in einer geeigneten Fachplanung umzusetzen.

Leidtragende des Fuhrwerks sind nun die vielen Anrainer und Gewerbetreibenden an der B120 im Ortszentrum, die vielerorts ihre Existenzgrundlage eingebüßt haben.

Da wäre bspw. eine Gärtnerei, die im Zuge der Raffelsberger-Planung sechs über 30 Jahre bestehende Parkplätze verloren hat. Im Jahr 1995 hatte die Unternehmerin den Grund, auf dem die Parkplätze standen, der Gemeinde geschenkt – auf Wunsch der Gemeinde und natürlich unter der Auflage, dass diese „ihrem Geschäft zugewiesen bleiben“. Ein solcher Beschluss wiederum interessierte einen Straßenmeister nicht die Bohne und führte dazu, dass schriftliche Anfragen von Frau Strasser an Land an Gemeinde mehr als sieben Monate unbeantwortet blieben.

Die seit nunmehr zwei Jahren spürbaren Folgen einer verfehlten Umsetzung sind unseren Geschäftsleuten nicht zumutbar. Für uns Sozialdemokraten ist klar: was hier entstanden ist, gehört repariert. Koste es was es wolle. Und nicht nur die Anrainer, sondern auch alle anderen Gemeindegewerbetreibenden haben ein Anrecht auf ein Mindestmaß an Aufenthaltsqualität im Ortszentrum - wie von der Bürgerbeteiligung eingefordert.

Die schöne Weihnachtsdekoration in der fehlgeplanten Ortsdurchfahrt kostete etwa 15.000 Euro. Das ist genau so viel Geld wie die Vereinsförderungen für alle Scharnsteiner Vereine im Jahr 2023 gekürzt wurden. Wir meinen, dieses Geld wäre bei unseren Vereinen wesentlich besser investiert gewesen.

Der Tragödie letzter Teil

Als gäbe es nicht schon genug Ärger, wurden die Anrainer an der B120 in den letzten Tagen vom Bürgermeister auch noch mit einer Kostenbeteiligung für die Asphaltierungen vor ihren Gebäuden konfrontiert. Auf Nachfrage gab der Bürgermeister manchen Anrainern (nicht allen) eine Zusage, dass „sich die Gemeinde an den Kosten von je etwa 4.000 Euro anteilmäßig beteiligen würde“.

Für uns ist damit der letzte Beweis erbracht, dass im Scharnsteiner Ortszentrum NIEMALS geplant wurde, sondern am Ende der Verbauung zufällig ein paar Flächen „übrigbleiben“, die eben „auch noch zugemacht werden müssen“ - aus der Sicht des Bürgermeisters auf Kosten der Anrainer, die ja schließlich zuständig wären ...

Verursacht hat dieses Desaster der Bürgermeister im Alleingang.

Liebe GemeindebürgerInnen!

Sowohl der Gemeindevorstand als auch die einzelnen Mandatäre erhielten in den letzten Wochen eine Unmenge an Zusendungen von GemeindebürgerInnen, die jegliches Vertrauen in die Lösungskompetenz der Gemeindevorstandlichen verloren haben. Es ist höchste Zeit, endlich wieder Vertrauen zurückzugewinnen.

Für die Planung des Scharnsteiner Ortszentrums wurden in einem langwierigen Bürgerbeteiligungsverfahren mehr als 100.000 Euro ausgegeben. Eine darauf verbindlich folgende Planung des Ortszentrums wurde trotz rechtskräftigem Gemeinderatsbeschluss vom Bürgermeister nie beauftragt. Verursacht hat das alles der Bürgermeister im Alleingang: ein Ortszentrum, das - auf Jahrzehnte hinaus - weder mehr Aufenthaltsqualität für die Menschen im Ort aufweist, noch Barrierefreiheit bietet und schon gar nicht sicherer ist als zuvor!



Ein Symbolfoto für alles was schief läuft: Auf viel zu schmalen Parkstreifen anhaltende Autos schlitzten sich die Reifen an messerscharfen Bordsteinkanten auf. Von der in der Bürgerbeteiligung vehement geforderten Barrierefreiheit fehlt jede Spur!

Was ist da alles schiefgelaufen?

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit war eines der zentralen Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. Eine echte Ortszentrumsplanung wäre völlig ohne (messerscharfe) Randsteine ausgekommen und hätte eine rücksichtsvolle Nutzung durch alle Verkehrsteilnehmer ermöglicht. Es gibt genügend Beispiele, an denen man sich orientieren hätte können.

Mehr Aufenthaltsflächen im Ort

Eine Ortszentrumsplanung hätte den Raum vor den Geschäften erweitert und nicht schmaler gemacht. Auch das war eine zentrale Forderung der Bürgerbeteiligung.

Schattenspendende Bäume, keine Bäumchen

Die Bürgerbeteiligung forderte große schattenspendende Bäume auf breiter werdenden Aufenthaltsflächen im Ort. Ein paar Bäumchen in der Straßenmitte und zwischen den viel zu schmalen Parkstreifen – wie der Bürgermeister beruhigt - sind allerdings keine Ortszentrumsgestaltung. Solche Maßnahmen eignen sich bestenfalls zur Behübschung der bereits bestehenden Betonwüste.

Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ignoriert

Gleich mehrere Geschäfte haben im Zuge der Bauarbeiten ihren Betrieb eingestellt. Sie wird es aller Voraussicht auch nach Abschluss der Baustelle nicht mehr geben. Wie kann Bürgermeister Raffelsberger landauf-landab immer wieder behaupten, alles wäre „einvernehmlich“ geplant worden. Die massive Kritik der Anrainer beweist das Gegenteil: gar nichts wurde gemeinsam erarbeitet.

Einen Radweg dort, wo ihn niemand planen würde

Am Ende dieses Jahres werden wir eine nagelnaue Straße mit einem Geh- und Radweg haben, der im Niemandsland beginnt, ohne irgendeinen Zweck bei der Raiffeisenbank endet und nie mehr weitergebaut werden kann, weil die Grundflächen dafür fehlen.

Vertrauen vollends verloren

Letztendlich haben die Anrainer an der B120 jegliches Vertrauen in den Bürgermeister und seine Problemlösungskompetenz verloren. Sollten aufgrund der verfahrenen Situation Zwangsenteignungen von Grundbesitzern im Ortszentrum bevorstehen, werden wir diese vehement ablehnen und die Grundbesitzer bei ihren Anliegen unterstützen!